«Es gibt kein vergleichbares Angebot»

Obdachlosigkeit Nach nur eineinhalb Jahren Betrieb muss in Olten die Notschlafstelle des Vereins Schlafguet schliessen. Es gebe keinen Bedarf für eine solche Einrichtung, sind sich die Gegner*innen einig – und begründen dies mit der Zahl ausländischer Gäste.

INTERVIEW **JONAS FREY** FOTO **RONJA BURKARD**

Timo Probst, Ende August gab der Verein Schlafguet die Schliessung der Notschlafstelle in Olten per 31. Oktober 2025 bekannt. Nach nur eineinhalb Jahren muss der einzige Ort dieser Art in der Region schliessen. Wieso?
Timo Probst: Die Notschlafstelle wurde bis anhin getragen durch Spenden von Kirchen, Stiftungen und Privaten und immer wieder neu lancierten Fundraisings. Solche reichen aus, um den Betrieb für ein paar Monate aufrechtzuerhalten. Für uns ist klar, dass wir eine langfristige und stabile Finanzierung bräuchten. Doch aus der Politik erhielten wir nach den Sommerferien klare Signale, dass dafür kein Bedarf gesehen wird.

Deckt sich diese Auffassung denn mit Ihren Erfahrungen in der Notschlafstelle?
Die letzten zwei Wochen waren wir fast voll ausgelastet. Pro Nacht übernachteten je 14 Personen bei uns. Das will man offenbar nicht anerkennen. Stattdessen erhielten wir als Reaktion auf die Zahlen den Vorwurf, dass diese nur so hoch seien wegen der Anzahl Gäste aus dem Ausland. Und dass wir Ausländer*innen extra übernachten liessen, damit unsere Zahlen steigen. Solche xenophoben Stimmen sind leider an der Tagesordnung.

Die Gäste von Schlafguet müssen keinen Wohnsitz in der Stadt Olten oder im Kanton Solothurn nachweisen. Das haben Sie als privater Verein so entschieden. Hätten Sie denn eine Wohnsitzbeschränkung als Bedingung für eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt akzeptiert?
Das wäre für uns möglich gewesen. Als wir das bestehende Projekt dem Stadtrat vorstellten, signalisierten wir unsere Bereitschaft, den Betrieb bei einer Leistungsvereinbarung anzupassen. Ein Drittel unserer Gäste hat Wohnsitz im Kanton Solothurn, die meisten von ihnen kommen aus Olten, Solothurn und Grenchen. Diese Leute sind auf eine Notschlafstelle angewiesen. In den Reaktionen aus der Politik auf die Schliessung wird jedoch nur darauf verwiesen, dass 40 Prozent Wohnsitz im Ausland haben.

Wer sind jene Personen mit Wohnsitz im Ausland?
Hier geht es um eine stark prekarisierte Gruppe von Menschen, meist Working Poor. Sie haben oft ein Visum für 90 Tage, arbeiten, haben vielleicht ein Fahrzeug, sind aber dennoch auf Nothilfe angewiesen. Man wirft uns vor, irreguläre Arbeitsverhältnisse zu fördern, indem wir Menschen aufnehmen, die sich ohne Arbeitserlaubnis in der Schweiz aufhalten. Es ist unfair, die Existenz irregulärer Arbeitsverhältnisse oder eine steigende Kriminalitätsrate auf uns abzuwälzen. Wir bieten Hilfe für Menschen in Not an, und das ist unsere Aufgabe.

Schwingt in diesen Vorwürfen auch ein Klischeebild von Obdachlosigkeit mit?
Genau. Viele Leute wollen etwas gegen stereotype Obdachlosigkeit machen, damit niemand aus der eigenen Bevölkerungsgruppe unter der Brücke schlafen muss. Aber bei Wanderarbeiter*innen oder Arbeitssuchenden hört das Mitgefühl auf.

Man könnte bei der linken Parlaments- und Regierungsmehrheit in Olten annehmen, dass soziale Anliegen es einfacher hätten.
In einem Vorschlag von uns an den Stadtrat für eine Leistungsvereinbarung ging es um 60 000 Franken pro Jahr. Das hätte einen Teil unserer Kosten gedeckt. Doch der Stadtrat ging nicht darauf ein. Auch der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden winkte ab, als wir eine Kostenübernahme für die Übernachtungen von Gästen aus dem Kanton vorschlugen. Es sei nicht klar, weshalb sie das Projekt finanzieren sollten, lautete die Antwort. Ausserdem entstünden dann hohe Kosten. Auch aus der Linken im Kanton Solothurn gab es kritische Stimmen, gerade von Vertreter*innen der Gemeinden. Sie wollen keine Übernachtung bezahlen von Personen, die nicht aus der Schweiz sind. Bei einer solchen Kostengutsprache ginge es jedoch um jene Personen mit Wohnsitz im Kanton Solothurn.

Wie haben das Umfeld und die Gäste auf die Nachricht der Schliessung reagiert?
Wir nehmen im Umfeld der Notschlafstelle eine grosse Traurigkeit wahr, viele schreiben uns aufmunternde Worte. Die Betroffenen fühlen sich im Stich gelassen. Schon wieder verschwindet ein Ort, der Hilfe in Not leistet. Dass es in der Region bald keine vergleichbare Anlaufstelle mehr gibt, löst Resignation aus. In Olten selbst gibt es die Suchthilfe, das Wohnheim und betreute Wohnangebote. Nothilfe leistet aber niemand mehr.

Als Verein kämpfte Schlafguet seit 2017 um eine Notschlafstelle in Olten. Worum ging es denn in der dortigen Diskussion?
Sie verlief nach dem Hauptargument der Gegner*innen, dass in Olten kein Bedarf für eine Notschlafstelle bestehe. Von einzelnen Mitgliedern des Stadtrates wissen wir, dass sie die Notschlafstelle finanziell unterstützen würden. Aber öffentlich äusserte sich der Stadtrat nie, dass er Bedarf für die Notschlafstelle und somit auch für eine Leistungsvereinbarung sieht. Auch brachte er es bis anhin nie im Parlament ein. Bei der Suche nach einer Liegenschaft hörten wir zudem heraus, dass man die Notschlafstelle eine gute Sache findet, sie aber nicht im eigenen Garten will.

Schlafguet in Olten ist eine der wenigen Notschlafstellen in einer Kleinstadt. Welche Folgen hat die Schliessung für Obdachlose in der Region?
Für Betroffene wird eine Anlaufstelle wegfallen. Es gibt kein vergleichbares Angebot in der Region. Obdachlosigkeit wird sich also noch mehr in die urbanen Zentren verschieben. Obwohl wir davon ausgehen, dass Olten auch ein Knotenpunkt ist. Ich denke aber nicht, dass dies das Ende für eine Notschlafstelle in Olten ist. Die Diskussionen im Nachgang an unsere Ankündigung der Schliessung, die Empörung und Überraschung darüber bei vielen Menschen und politischen Akteur*innen geben uns Hoffnung für die Weiterführung des Projektes in irgendeiner Form.

Können Sie dazu schon mehr sagen?
Wir sind in Kontakt mit anderen Organisationen und sprechen darüber, ob wir die Notpension weiterführen wollen, wo die Gäste weniger häufig wechseln. Es laufen verschiedene Gespräche, die Situation ist dynamisch. Der Vorstand ist nach wie vor motiviert, es finden viele Sitzungen statt. Ausserdem sind wir im Gespräch mit ausserkantonalen Sozialinstitutionen, mit denen wir vielleicht etwas Neues aufziehen könnten. Ich sehe keinen Grund, wieso wir aufhören sollten. Denn der Vereinszweck ist unbestritten gültig: die Existenz einer Notschlafstelle in Olten.

TIMO PROBST ist Co-Präsident des Vereins Schlafguet, der sich seit 2017 für die Gründung einer Notschlafstelle in Olten einsetzt. Mithilfe einer Stiftung fand der Verein 2022 eine Liegenschaft. Nach mehreren Einsprachen aus der Nachbarschaft öffnete die Notschlafstelle im April 2024. Neben kurzfristigen Übernachtungsmöglichkeiten bietet Schlafguet ausserdem eine Notpension und eine Sozial-WG an.